



Durchwahl: 0511 3030-2151
Mein Zeichen: II/73 - 0103 - 00/7
(Kurzbericht-22-Wo-Go)

5. Juni 2019

KURZBERICHT

über Ausschusssitzungen des Niedersächsischen Landtages in der Zeit vom 27. Mai bis 1. Juni 2019

Montag, 27. Mai 2019 bis Samstag, 1. Juni 2019

1 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (44. bis 49. Sitzung - Reise)

Beratungsthema:

Information über aktuelle Entwicklungen des Sozial- und Gesundheitswesens in Island und Estland, insbesondere der Digitalisierung der Gesundheitssysteme, der Strukturen der Krankenhausversorgung, der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum, der Deckung des Pflegebedarfs, der Gleichstellungspolitik und der Drogenpolitik

Nach der Ankunft des Ausschusses am 27. Mai 2019 in Reykjavik gab der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Herbert Beck, einen allgemeinen Überblick über die politischen, sozial- und gesundheitspolitischen Entwicklungen in Island.

Am 28. Mai 2019 führte der Ausschuss im Parlament Althing ein Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Sozialausschusses Ólafur Thór Gunnarsson und dem Abgeordneten Andrés Ingi Jónsson von der links-grünen Fraktion über die gesundheitliche Versorgung in Island. Im Anschluss daran ließ er sich von Vertreterinnen des isländischen Gesundheitsministeriums über die gesundheitliche Versorgung in den ländlichen Gebieten Islands sowie über die häusliche und stationäre Pflege in Island informieren.

Am Nachmittag führte der Ausschuss im Centre Gender Equality ein Gespräch mit einer Vertreterin des Gleichstellungsministeriums über Gleichstellungsthemen. Den Abschluss bildete ein Empfang durch die Deutsche Botschaft in Reykjavik.

Am 29. Mai 2019 besichtigte der Ausschuss das Pflegeheim Seltjörn in Seltjarnarnes. Er führte dort mit dem Direktor des Pflegeheims, der Geschäftsführerin von Stiki Svana und der Bürgermeisterin von Seltjarnarnes ein Gespräch über die pflegerische Versorgung der Bevölkerung in Island sowie die Pflegeplanung. Anschließend informierte sich der Ausschuss in der Drogen- und Entzugsklinik Vik in Kjalarnes über die stationäre Suchtbehandlung. Daran schloss sich ein Gespräch im Krankenhaus/Gesundheitszentrum of West Iceland in Akranes über die ärztliche stationäre Versorgung sowie die medizinische Erstversorgung bei Unfällen und Notsituationen in ländlichen Gebieten Islands an.

Nach dem Transfer nach Tallinn führte der Ausschuss am Abend des 30. Mai 2019 in der Residenz des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Estland, Christoph Eichhorn, ein Gespräch über die aktuelle politische Lage.

Am 31. Mai 2019 ließ sich der Ausschuss im e-Estonia Briefingzentrum in Tallinn über die Online-Speicherung der Gesundheitsdaten der Bewohnerinnen und Bewohner Estlands mit konkreten Anwendungsbeispielen informieren. Daran schlossen sich Gespräche im Sozialministerium der Republik Estland über die Digitalisierung des Gesundheitswesens in Estland, die Gleichstellungspolitik sowie die Jugend- und Drogenpolitik an. Im Anschluss daran ließ sich der Ausschuss im Regionalkrankenhaus Nord-Estland über die Digitalisierung im Krankenhaus mit e-Patientenakte, e-Ambulanz und Telemedizin informieren.

Am 1. Juni 2019 erfolgte die Rückreise.

Montag, 27. Mai 2019

2 Ausschuss für Wissenschaft und Kultur (20. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Imam-Weiterbildung an der Uni Osnabrück erhalten - nachhaltige Lösungen finden](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1527](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag in der Fassung eines Änderungsvorschlags der Fraktionen der SPD und der CDU (Vorlage 1) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: FDP, AfD

Enthaltung: -

2. **[Chancen der Künstlichen Intelligenz in Niedersachsen ausbauen, Anwendungen in den Zukunftsbranchen fördern](#)**

[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2582](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort. Die Fraktionen von SPD und CDU kündigten an, bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 24. Juni 2019 einen Änderungsvorschlag vorzulegen.

3. **[Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes](#)**
[Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3762](#)

Der - federführende - Ausschuss verständigte sich auf den Kreis derjenigen, die schriftlich zu dem Gesetzentwurf angehört werden sollen.

3 Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz
(39. - teilweise vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. **[Unser Trinkwasser schützen - Förderung von Erdöl und Erdgas in Wasserschutzgebieten sofort stoppen!](#)**

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/329](#)

Der Ausschuss nahm eine ergänzende Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **[Moratorium für Erdgas- und Erdölbohrungen im Raum Bad Fallingbostenl](#)**

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3263](#)

Der Ausschuss nahm eine schriftliche Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Wie sollen Klärschlämme in Niedersachsen künftig entsorgt werden und welche Perspektiven zeigt die Landesregierung den Kommunen für die Verwertung von Klärschlämmen auf?“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **[Schutz der Wildbienen verstärken](#)**

[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3665](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen und bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Antrag.

Vertraulicher Sitzungsteil

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu der angekündigten Klage von Hamburg Wasser gegen den Landkreis Harburg**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Vergleich des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz mit der Firma IVG Immobilien AG (IVG)**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Mittwoch, 29. Mai 2019

4 Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen (32. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **[Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Informationsfreiheit](#)**
[Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - Drs. 18/3266](#)

Der - federführende - Ausschuss bat die Landesregierung, ihn in einer der nächsten Sitzungen über den Stand und die Ergebnisse der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Evaluation der Erfahrungen anderer Bundesländer mit einem Informationsfreiheitsgesetz zu unterrichten.

2. **[23. Bericht über die Tätigkeit der Landesbeauftragten für den Datenschutz Niedersachsen für die Jahre 2015 und 2016 - Unterrichtung durch die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen - Drs. 18/1510](#)**

Der - mitberatende - Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.

3. **[Die Hälfte der Macht den Frauen! - Enquete-Kommission für ein niedersächsisches Parité-Gesetz](#)**
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3244](#)

Der Ausschuss, der vom Ältestenrat um Stellungnahme zu dem Antrag gebeten worden war, beriet über den Antrag und votierte mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der AfD gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen der Grünen und der FDP dafür, dem Landtag die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

4. **[Sexuellen Missbrauch von Kindern effektiv bekämpfen](#)**
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1533](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung angesichts des Missbrauchsfalls von Lügde um erneute mündliche Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen.

5. **[Konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Familien-Clans](#)**
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1521](#)

Der - federführende - Ausschuss legte den Kreis der schriftlich Anzuhörenden fest.

5 Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen (33. Sitzung)
Ausschuss für Haushalt und Finanzen (56. Sitzung)

Beratungsthemen:

- a) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/358](#)
- b) [Entwurf eines Gesetzes über die Schuldenbremse in Niedersachsen](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3258](#)
- c) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3447](#)

[Die Ausschüsse setzten in gemeinsamer Sitzung auf der Grundlage der Vorlagen 11 und 12 zu Drs. 18/3258 die Gesetzesberatungen fort.](#)

6 Unterausschuss „Medien“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
(18. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Entwurf eines Gesetzes über das Verbot der Beteiligung von politischen Parteien und Wählergruppen an Medienunternehmen](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - Drs. 18/3666](#)

Der Unterausschuss lehnte den Antrag der Fraktion der AfD auf eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP ab. Er führte die Mitberatung durch und empfahl dem federführenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, dem Landtag die Ablehnung des Gesetzentwurfes vorzuschlagen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

2. [Für eine digitale Radiozukunft](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1955](#)

Der Unterausschuss schloss die Mitberatung ab. Er empfahl dem federführenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, dem Landtag die Annahme des Antrages in der Fassung des Änderungsvorschlages in Vorlage 9 vorzuschlagen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

3. a) [Upload-Filter sind ein Risiko für die Meinungs- und Informationsfreiheit](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 18/3257](#)
- b) [Urheberrecht schützen - Upload-Filter vermeiden](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3268](#)

Der Unterausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. Terminplanung

Der Unterausschuss besprach Terminangelegenheiten. Unter anderem beschloss er, seine diesjährige parlamentarische Informationsreise nach Brüssel für den 4. bis 6. November 2019 vorzusehen.

7 Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(57. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge in den Jahren 2019 bis 2021 sowie zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763](#)

dazu: **Eingabe 00925/03/18**

Zu dem Gesetzentwurf führte der Ausschuss eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- DGB, Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt,
- NBB, Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion.

2. [Land muss seiner Verantwortung gegenüber Landesbeamten gerecht werden!](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2024](#)

Der Ausschuss schloss die Mitberatung ab. Er empfahl dem federführenden Ausschuss für Inneres und Sport, dem Landtag zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: FDP

Enthaltung: GRÜNE, AfD

3. [Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Zukunftsinvestitionen und Zukunftsvorsorge](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3476](#)

Der Ausschuss setzte diesen Punkt von der Tagesordnung ab.

4. [Ermäßigten Mehrwertsteuersatz auch für elektronische Presse schnell umsetzen](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3261](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung ab. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen an, den Antrag mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

5. Vorlagen

Vorlage 120 (MWK) - Leibniz Universität Hannover, Neubau für die Leibniz School of Education, Gebäude 1135; hier: Vorlage gem. § 24 Abs. 3 LHO

Der Ausschuss stimmte der Vorlage einvernehmlich zu.

8 Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (33. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Lebensmittel retten - Containern und „Bändern“ entkriminalisieren](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2896](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Sachstand zum Thema „Lebensmittelverschwendung und rechtlichen Bewertung des ‚Containers‘ und ‚Bänderns‘ entgegen und führte darüber eine Aussprache. Die weitere Behandlung des Antrages stellte der Ausschuss zurück.

2. [Vom Eichenprozessionsspinner Betroffene finanziell unterstützen - Versprechungen einhalten](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3225](#)

Der Ausschuss stellte die weitere Beratung des Antrages zurück. Er bat darum, in einer der nächsten Sitzungen durch die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt über die bestehenden Möglichkeiten und über die künftigen Perspektiven der Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners informiert zu werden.

3. a) [Digitalisierung in der Landwirtschaft: Chancen nutzen - Abhängigkeiten und Datenklau vermeiden](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2895](#)
b) [Näher am Verbraucher, näher am ökologischen und ökonomischen Optimum - Chancen der Digitalisierung in der Landwirtschaft nutzen - Umsetzung durch das Agrarinvestitionsförderungsprogramm \(AFP\) voranbringen](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/161](#)

Der Ausschuss stellte die abschließende Behandlung der Anträge noch einmal zurück, um Gelegenheit zu geben, eine gemeinsam von allen Fraktionen getragene Beschlussempfehlung zu erarbeiten. Der Ausschuss verständigte sich darauf, in der Sitzung am 12. Juni eine Beschlussempfehlung für das Plenum des Landtages zu erarbeiten. Im Ausschuss bestand Einvernehmen darüber, dass angestrebt werden soll, die Beratung der Anträge vorbehaltlich der Mitberatung durch den Ausschuss für Haushalt und Finanzen im Juni-Plenum abzuschließen.

4. [Misstände in Schlachthöfen: Systemfehler beheben](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 18/3255](#)

Seitens der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU wurde ein Änderungsvorschlag zu dem Antrag angekündigt. Der Ausschuss stellte daraufhin die weitere Behandlung des Antrages zurück.

Er verständigte sich darauf, in der Sitzung am 12. Juni eine Beschlussempfehlung für das Plenum des Landtages zu erarbeiten.

Im Ausschuss bestand Einvernehmen darüber, dass angestrebt werden soll, die Beratung des Antrages vorbehaltlich der Mitberatung durch den Ausschuss für Haushalt und Finanzen im Juni-Plenum abzuschließen.

5. a) [Verbot von Lebewidertiertransporten in Drittländer](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/3265](#)
- b) [Lange Tiertransporte verbieten - Sofortigen Transport-Stopp durchsetzen](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3566](#)

Der Ausschuss nahm zu den Anträgen eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

6. [Chipsegeräte flächendeckend einführen - Identifizierung aufgefundener Haustiere ermöglichen](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3607](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrages aus Zeitgründen von der Tagesordnung ab.

Im Auftrage

Kleinwächter